



### Kinderlärm ist Zukunftsmusik – auch auf dem Sportplatz

Kinderlärm ist häufig Gegenstand von Auseinandersetzungen mit Anwohnern. Für uns Sozialdemokraten gilt dabei: Wie auf (Ball-) Spielplätzen und in den Kindertageseinrichtungen ist Kinderlärm auch auf Sportplätzen Zukunftsmusik. Wir wollen, dass Kinder nicht an den Stadtrand fahren müssen, um Sport zu treiben. Auch in Ballungsräumen müssen Kinder zukünftig Sport treiben können. Ich habe dazu einen entsprechenden Antrag geschrieben und in den Landtag eingebracht, den inzwischen auch die Fraktionen von CDU, FDP und Grüne unterstützen.

[Weiter ...](#)

---

### Nürnberger Nachrichten: Fans aus Nürnberg und Düsseldorf machen mobil gegen Rechts



"An der Frittenbude am Kleinen Dutzendteich trafen sich die beiden Fan-Clubs schon vor dem Zusammentreffen ihrer Vereine am Sonntag. Fußballfreunde der SPD aus Nürnberg und Düsseldorf diskutieren bei ihren Treffen, wie sich rechte Umtriebe im Fußball am besten eindämmen lassen."

[Zum Artikel ...](#)

---

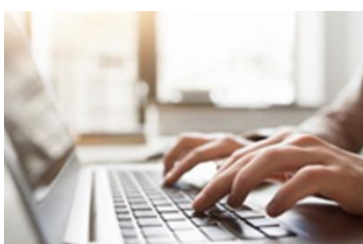
### Resolution ver.di Düsseldorf: Lasst den Sonntag in Ruhe!

Die Mitglieder des ver.di Ortsvereins Düsseldorf haben am 9. Mai 2018 in ihrer Mitgliederversammlung eine Resolution zum neuen schwarz-gelben Ladenöffnungsgesetz (LÖG) beschlossen. Darin werden die Entscheidungsträger im Landtag aufgefordert, eine kurzsichtige ideologische Politik nicht mitzumachen und das neue LÖG zurück zu nehmen. Als SPD-Landtagsabgeordneter und ver.di-Mitglied schließe ich mich dieser Position vollumfänglich an!

[Weiter ...](#)

---

### Schwarz-Gelb muss ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrer/-innen vorlegen



Seit Januar 2018 liegt eine Dienstanweisung des Schulministeriums für die automatisierte Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Schule vor. In Verbindung mit der Datenschutz-Grundverordnung zwingt sie Lehrerinnen und Lehrer zur Unterzeichnung einer Richtlinie, falls sie ihren privaten Rechner nutzen, um Schülerdaten zu verarbeiten. Damit löst die Landesregierung aber das Grundproblem nicht: Zunächst muss kurzfristig eine geeignete Software-Lösung zur Verarbeitung der Daten zur Verfügung gestellt werden. Län-

gerfristig muss die Frage der Dienstausrüstung in Form von Dienstrechnern mit allen Beteiligten geklärt werden. Dazu fordert unser Antrag die Landesregierung auf. Es kann auf Dauer nicht angehen, dass Lehrer/-innen auf ihre privaten Rechner zurückgreifen und eine Richtlinie unterzeichnen müssen, um ihren Beruf ausüben zu können.

[Drucksache 17/2560](#)

---

## Eine nachhaltige Verkehrswende braucht mehr als Schlagworte



Die Verkürzung von E-Mobilität auf das Autofahren und unrealistische Zusagen, wie die Einführung eines kostenlosen ÖPNV, reichen jedenfalls bei weitem nicht aus. In Wahrheit braucht es ein grundlegendes Umdenken und eine massive und nachhaltige Stärkung des ÖPNV. Dabei müssen die Kommunen von Bund und Land deutlich stärker unterstützt werden als bisher. Es geht vor allem um den Abbau des Investitionsstaus und den massiven Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Um nur ein paar wenige Stichworte zu nennen: Elektrifizierung, Autonomes Fahren, Car-Sharing/Car-Riding, bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger und ein höheres Innovationstempo. Konkrete Vorschläge bleibt die Landesregierung schuldig.

[Drucksache 17/2557](#)

---

## Verbraucherrechte stärken: Bundesnetzagentur braucht Sanktionsmöglichkeiten



Der Postmarkt (Brief, Kurier, Express, Paket) verändert sich aktuell vor allem wegen des Onlinehandels in einem rasanten Tempo. Mit der Zunahme der Postdienstleistungen häufen sich jedoch auch die Beschwerden über Brief- und Paketzustellungen. Die Bundesnetzagentur überwacht und reguliert den Postmarkt. An sie können sich Kunden wenden, wenn sie Beschwerden haben, z.B. wenn wichtige Postsendungen verloren gehen oder Briefkästen nicht regelmäßig geleert werden. Die Bundesnetzagentur kann diese Beschwerden der Verbraucher aber nur prüfen und Auskunft vom ausführenden Postdienstleister verlangen, sie hat keine Sanktionsmöglichkeiten. Um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten, fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für geeignete Sanktionsmöglichkeiten für die Bundesnetzagentur einzusetzen.

---

## Bürokratie abbauen: Die 1-Euro-Beteiligung beim Mittagessen für Kinder abschaffen!



Kinder aus einkommensschwachen Familien können nach dem Bildungs- und Teilhabepaket am gemeinsamen Mittagessen in Kita oder Schulen teilnehmen. Die betroffenen Familien müssen sich mit einem Eigenanteil in Höhe von einem Euro pro Mittagessen beteiligen. In der Praxis kommt es nach wie vor zu zahlreichen Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten diesen Anteil nicht entrichten können. In der Konsequenz werden die betroffenen Kinder und Jugendlichen von der Teilnahme am Mittagessen ausgeschlossen. Für die jungen Menschen sind diese Erfahrungen daher extrem verletzend. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung daher auf, im Bundesrat einen Gesetzesantrag des Landes Berlin zu unterstützen, den Eigenanteil von einem

Euro zu streichen und den bedürftigen Kindern die Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.

Drucksache [17/2556](#)

---

## Soziale Rechte: Europas soziale Säule stärken



Mit der Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte im November 2017 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die Europäische Kommission und das Europäische Parlament politisch verpflichtet, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine soziale Dimension zu flankieren. Diese Proklamation muss mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Vertragswerk, damit Arbeits- und Sozialrechte als europäische Grundrechte gleichrangig neben den wirtschaftlichen Grundfreiheiten stehen. Die Entsenderichtlinie, die Richtlinie über verlässliche Arbeitsbedingungen und das Paket zur sozialen Fairness sind wichtige Bausteine für ein sozialeres Europa, die verlässlich und konsequent umgesetzt werden müssen.

Drucksache [17/2558](#)

---

## Konsequenzen aus dem Apothekerskandal in Bottrop ziehen - Verunsicherte Patientinnen und Patienten nicht allein lassen!



Der Apothekerskandal von Bottrop zeigt, dass das System der Medikamentenversorgung von Krebserkrankten durch onkologische Apotheken noch transparenter werden muss. Vor dem Landgericht in Essen wird derzeit der Fall eines Apothekers verhandelt, der Krebsmedikamente gepanscht und so mehrere Millionen Euro zu Unrecht abgerechnet haben soll. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung dazu auf, das System der Kontrolle bei der Versorgung mit Krebsmedikamenten zu verbessern. Die Landesregierung ist außerdem dazu aufgerufen, für die betroffenen Patienten/-innen eine Anlaufstelle für psychoonkologische und psychosoziale Beratung einzurichten.

Drucksache [17/1443](#)

---

## Landtagstalk "Zukunft des öffentlich-rechtliche Rundfunks"

**Dienstag, 5. Juni 2018 - 18.45 Uhr im Plenarsaal des Landtags NRW in Düsseldorf**

Billag oder No Billag – vor dieser Entscheidung standen die Schweizerinnen und Schweizer am 4. März 2018. Die Volksabstimmung über die Abschaffung der Rundfunkgebühren entfachte eine monatelange Grundsatzdebatte über Vielfalt, Solidarität und die Rolle der Medien. Die Debatte führte der Schweizer Bevölkerung den Wert von unabhängigem und ausgewogenem Qualitätsjournalismus vor Augen, sodass letztlich eine deutliche Mehrheit von fast 72 Prozent gegen die Volksinitiative „No Billag“ und für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks votierte. Gleichzeitig kündigte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) umfassende Reformen an, um die Billag-Gebühren deutlich senken zu können.



Auch in Deutschland stehen die Rundfunkgebühren zunehmend in der Kritik, auch hierzulande müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio eine Strukturreform vornehmen, um Einsparungen in Milliardenhöhe zu gewährleisten. All das in Zeiten von Fake News und Filterblasen, in denen das Bedürfnis nach fundierten Informationen umso größer ist und die Glaubwürdigkeit von öffentlich-rechtlichen Medien in der Bevölkerung Spitzenwerte erreicht. Was können wir aus der Schweizer Debatte lernen? Inwiefern lassen sich die gewonnenen Erkenntnisse nutzen, um das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur für eine funktionierende gesellschaftliche Öffentlichkeit, sondern auch für eine moderne demokratische Gesellschaft zu schärfen? Welche Maßnahmen sind nötig, um das duale Rundfunksystem in Deutschland nachhaltig zu sichern?

Wir laden Sie herzlich ein, über diese und weitere Fragen mit uns zu diskutieren.

[Anmeldung und Programm](#)

---

## Fotonachweis

Laptop: Urheber: golubovy - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Mobilität: Urheber: kamasigns - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Paketdienst: Urheber: Nick Langer - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Kantine: Urheber: Gerhard Seybert - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Europa: Urheber: areporter - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Apotheke: Urheber: benjaminolte - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

v.i.s.d.p: Markus Herbert Weske MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
[www.weske.nrw](http://www.weske.nrw) facebook: Markus Herbert Weske MdL